

14.05.2009

CDU kritisiert starrsinnige Haltung der Verwaltung Beim Thema LED-Beleuchtung fehlt es an Weitsicht und wirtschaftlichem Denken

„Man muss sich die Zahl mal auf der Zunge zergehen lassen. Mit 800.000,-- € sollen alle restlichen Straßenlampen auf sogenannte Natriumdampflampen umgerüstet werden. Ohne Not sollen auch Lampen, die noch nicht den normalen Austauschzyklus erreicht haben ersetzt werden und das mit einer Technik, die in Teilen schon 2015 verboten wird“ ärgert sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Mirko Heuer über die verbohnte Haltung von SPD, Grünen und Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion, ein Pilotprojekt für LED-Straßenbeleuchtung auf den Weg zu bringen. Dabei sollte die Verwaltung eine neuartige Technik berücksichtigen, die in der sächsischen Gemeinde Hartha seit rund 2 Jahren im Einsatz ist. Viele Kommunen haben sich dort in der Zwischenzeit die so genannte BLED-Straßenbeleuchtung angesehen und waren begeistert. Daher hat die CDU den Bürgermeister gebeten, eben diese Firma zu dem Fachvortrag am 07.05. einzuladen, damit diese aus erster Hand über die Besonderheiten berichten kann. „Eine Woche lang habe ich nichts von meiner Anfrage gehört. Erst nach erneuter Nachfrage habe ich schließlich am Vorabend der Veranstaltung erfahren, dass keine Einladung erfolgt. Begründet wurde dies mit dem Expertenwissen der Vortragenden der Stadtwerke Hannover und eines Lampenherstellers“ moniert Heuer das Verhalten der Verwaltung. Und er ergänzt: „Wie weit her es mit dem Wissen des Stadtwerkevertreters im Bezug auf BLEDs war, durften wir im Laufe der Veranstaltung erfahren. Er hatte sich nämlich erst am Tag der Veranstaltung beim Hersteller über die Technik informiert. Für ihn scheinbar genug Zeit, um die Technik als nicht Einsatzfähig abzuqualifizieren“. Heuer hält es schlicht für Geldverschwendung in diesem Jahr eine komplette Umrüstung durchzuführen, denn gerade für Nebenstraßen sei die neue BLED-Technik bestens geeignet. Die dort eingesetzten 50 Watt Natriumdampflampen seien viel zu hell und leuchten zu einem großen Teil Gärten und Fenster aus. Dabei kommt aber nur ein Teil des gelblichen Lichtes wirklich dort an, wo es gebraucht wird (*siehe Bild*). Genau hier setzten die 18 Watt BLED-Leuchten der Fa. Acrylamp an, die zudem noch ohne Zusatzkosten in den Nachtzeiten auf 9 Watt gedimmt werden können. Gerichtetes weißes Licht ohne die übliche Lichtverschmutzung, die zunehmend ein Thema wird. „Die Lampen sind zwar rund dreimal so teuer, aber durch die Energieersparnis hat man diese Investitionen nach ca. 5 Jahren wieder drin. Hinzu kommt, dass die alten Lampen spätestens alle 4 Jahren gewechselt werden, während die BLEDs rund 15 Jahre halten. Die von der CDU geforderte langfristige Betrachtung hat die Verwaltung verweigert. Wahrscheinlich ist Wirtschaftlichkeit kein Thema für die Stadt Langenhagen“ kritisiert Heuer. Ein weiterer Nachteil der geplanten Umrüstung sei die Giftigkeit der quecksilberhaltigen Lampen und die hohe Betriebstemperatur von bis zu 1000 Grad Celsius, die weiterhin Insekten sterben lässt. Nachteile, die die BLED-Leuchten nicht haben. „Die geäußerten Zweifel, ob die Beleuchtungsstärken der neuen Technik ausreichen, hätten wir gern mit einer Inaugenscheinnahme vor Ort zerstreut. Aber auch diesem Ansinnen will der Bürgermeister nicht nachkommen“ äußert Heuer deutlich seinen Unmut. Das herbei geredete Argument, dass man ja kein Geld mehr für ein Pilotprojekt hätte, lässt Heuer nicht gelten: „Wir sprechen hier bei 50 Leuchten über rund 40.000,-- €, die wir problemlos von den geplanten 800.000,-- € abzweigen könnten. Es zwingt uns schließlich keiner noch in diesem Jahr endgültig umzustellen“. Kurzfristiges Denken und Starrsinnigkeit wirft Heuer der Verwaltung bei diesem Thema abschließend vor: „Ich habe das Gefühl, das Projekt soll so wie es geplant wurde, auf Teufel komm raus umgesetzt werden. Warum erschließt sich mir nicht. Selbst wenn man nun keine LED Technik einsetzen möchte, gibt es inzwischen bessere Leuchtmittel als die geplanten gelben Rundumleuchten“.

Mirko Heuer
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Langenhagen